

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)**

**zu der Verordnung der Bundesregierung
– Drucksachen 14/2810, 14/2947 Nr. 2.1 –**

Erste Verordnung zur Änderung der Verpackungsverordnung

A. Problem

Mit der Ersten Verordnung zur Änderung der Verpackungsverordnung soll die Entscheidung 199/177/EG der Kommission in nationales Recht umgesetzt werden, mit der Bedingungen festgelegt wurden, unter denen die in der Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle festgelegten Grenzwerte für den Schwermetallgehalt nicht für Kunststoffkästen und -paletten gelten.

B. Lösung

Zustimmung zu der Verordnung.

Einstimmigkeit im Ausschuss

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

der Verordnung der Bundesregierung auf Drucksache 14/2810 zuzustimmen.

Berlin, den 22. März 2000

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Christoph Matschie
Vorsitzender

Marion Caspers-Merk
Berichterstatterin

Werner Wittlich
Berichterstatter

Winfried Hermann
Berichterstatter

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Eva-Maria Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Marion Caspers-Merk, Werner Wittlich, Winfried Hermann, Birgit Homburger und Eva-Maria Bulling-Schröter

I.

Der Verordnung der Bundesregierung auf Drucksache 14/2810 wurde mit Überweisungsdrucksache 14/2947 Nr. 2.1 vom 17. März 2000 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überwiesen.

Die mitberatenden Ausschüsse haben jeweils einstimmig empfohlen, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, der Verordnung zuzustimmen.

II.

Die Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle, umgesetzt durch die Verpackungsverordnung vom 21. August 1998, enthält in Artikel 11 Begrenzungen des Schwermetallgehaltes der Verpackungsmaterialien. Davon betroffen sind auch Mehrwegverpackungen aus Kunststoff, insbesondere Getränkekästen und Obststiegen, mit ca. 1 Milliarde Einheiten. Da neue Kästen vielfach aus Altkästen hergestellt werden, diese aber Zusätze von Schwermetallen zur Stabilisierung und Pigmentierung enthalten, liegt der Schwermetallgehalt auch dieser neuen Kästen oberhalb der festgelegten Grenzwerte. Da die Bindungsform der Schwermetalle in der Kunststoffmatrix weder Umwelt- noch Gesundheitsgefahren besorgen lässt und ohne eine Ausnahmegenehmigung die Entsorgung des gesamten Altbestandes von entsprechenden Behältnissen in der Größenordnung von 1 Mio. t Kunststoff nicht gesichert sowie

einige Wirtschaftsteilnehmer wirtschaftlich überfordert wären, hat die Kommission der Fortführung der bisherigen Praxis mit der Entscheidung 199/177/EG unter bestimmten Bedingungen zugestimmt. Diese Entscheidung soll mit der Verordnung der Bundesregierung auf Drucksache 14/2810 in nationales Recht umgesetzt werden.

III.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Verordnung der Bundesregierung auf Drucksache 14/2810 in seiner Sitzung am 22. März 2000 beraten.

Von Seiten der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. wurde festgestellt, man halte die Entscheidung der Kommission, mit der für bestimmte Mehrwegverpackungen aus Kunststoff Ausnahmen beim maximalen Schwermetallgehalt zugelassen würden, für akzeptabel und werde daher der Verordnung der Bundesregierung zustimmen.

Von Seiten der Fraktion der PDS wurde vorgetragen, man habe insofern gewisse Bedenken gegen die Verordnung, als eine Gesundheitsgefährdung der Arbeiter bei der Kunststoffrecycling durch die erhöhten Schwermetallgehalte nicht ausgeschlossen werden könne. Man werde sich deshalb bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beschloss einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, der Verordnung auf Drucksache 14/2810 zuzustimmen.

Berlin, den 22. März 2000

Marion Caspers-Merk
Berichterstatlerin

Werner Wittlich
Berichterstatler

Winfried Hermann
Berichterstatler

Birgit Homburger
Berichterstatlerin

Eva-Maria Bulling-Schröter
Berichterstatlerin

